

1 **DIE LINKE. Bayern - Bezirkstagswahlprogramm 2018**

2

3 **Präambel**

4 Der Bezirkstag ist bekannt als „Sozialparlament“, welches als dritte kommunale Ebene in
5 wesentlichen Bereichen der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger tätig wird. Der Bezirk
6 ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe für ältere und kranke Menschen sowie Bürgerinnen und
7 Bürger mit Behinderung und muss deshalb ohne Wenn und Aber mit den nötigen finanziellen
8 Mitteln ausgestattet werden.

9 Die Politik der sozialen Kälte der Bundesregierung hat konkrete Auswirkungen auf Länder und
10 Kommunen. Durch die armutsfördernde Hartz-IV-Gesetzgebung und durch eine verfehlte
11 Gesundheits- und Pflegepolitik sind konkret die Städte und Gemeinden, auch in Bayern,
12 betroffen. In den letzten Jahren haben die psychischen Erkrankungen aufgrund von Stress und
13 Arbeitsverdichtung zugenommen. Die Folgen sind besonders auf kommunaler Ebene zu spüren.
14 Nicht selten ist der Bezirk gezwungen die Auswirkungen der Arbeitshetze aufzufangen, u.a. in
15 psychiatrischen Einrichtungen und Diensten.

16 Für DIE LINKE sind Solidarität, Menschenwürde, Selbstbestimmung, Rechtssicherheit und der
17 Kampf gegen Not, Hunger und Armut bestimmende Inhalte der Politik. Gelungene Inklusion
18 bedeutet, dass jeder Mensch mit all seinen Besonderheiten von der Gesellschaft akzeptiert und
19 integriert wird. Sie bedeutet kein Neben-, sondern ein Miteinander.

20 Niedriglöhne und unfreiwillige Teilzeit führen dazu, dass Menschen trotz Arbeit arm sind. Sie sind
21 oft gezwungen beim Jobcenter aufstocken zu müssen und leiden später dann an drückender
22 Altersarmut. Deshalb tritt DIE LINKE dafür ein, dass der Mindestlohn erhöht und Hartz IV durch
23 eine Mindestsicherung ohne Kürzungs- und Sanktionsmöglichkeiten ersetzt wird.

24 Auch im Bezirkstag werden wir Druck machen, damit die Würde von Betroffenen und
25 Beschäftigten bewahrt bleibt und gute Standards durchgesetzt werden.

26 Es hat sich gezeigt: Privatisiert geht nicht besser und nicht billiger. Deshalb stellen wir uns der
27 Privatisierung öffentlicher Aufgaben entgegen. Die Bezirksrätinnen und -räte der Partei DIE LINKE
28 werden sich gegen jegliche Kürzungen im Sozialbereich in den bayerischen Bezirkshaushalten
29 wehren und darauf drängen, dass alles getan wird, was in der Macht der Bezirke steht, um
30 Privatisierungen zu verhindern und soziale Funktionen zurück in kommunale Hände zu nehmen.

31 Neben den sozialen Aufgaben ist der Bezirkstag für Natur- und Umweltschutz sowie Kultur- und
32 Heimatpflege zuständig. Auch in diesen Bereichen gilt es, die Förderungen zu verbessern um
33 Nachhaltigkeit und Qualität zu bewirken. Dazu gehört es, die Natur als Erholungsrefugium zu
34 erhalten, aber auch Kulturstätten zu fördern, das kulturelle Vereinsleben zu unterstützen und
35 regionale Vielfalt zu wahren.

36

37 **Pflege: Alter, Krankheit, Respekt**

38 Die Sparpolitik in der Pflege führt direkt in die menschliche Katastrophe. Traurige Realität in
39 vielen Pflegeheimen und Kliniken ist massiver Personalmangel, der zu gefährlichen
40 Versorgungslücken führt. Persönliche Zuwendung kann kaum oder gar nicht stattfinden.

41 Fehlernährte und von lebensgefährlicher Austrocknung bedrohte Patientinnen und Patienten sind
42 in vielen Fällen die Folge, Wundliegen ist keine Seltenheit. Besonders die Nachtschichten sind
43 chronisch unterbesetzt.

44 Viele Menschen können sich die Pflegekosten nicht leisten. Die Pflegeversicherung deckt diese
45 nicht ab.

46 DIE LINKE setzt sich für eine solidarische Pflege-Vollversicherung ein. Bis dahin muss der Bezirk
47 die Differenzbeträge übernehmen, wenn pflegebedürftige Menschen die Kosten für einen Platz im
48 Pflegeheim oder im Hospiz nicht selbst aufbringen können. Die ambulante Pflege der Menschen,

49 die zu Hause leben, muss verbessert werden. Dazu müssen pflegende Angehörige eine
50 Gleichstellung gegenüber den Pflegediensten erfahren und umfassende Schulungsangebote
51 erhalten.

52 Durch die mangelnden Kontrollen in den Pflegeheimen werden Missstände zu spät aufgedeckt.
53 Oft erfahren die Heimaufsichten erst auf Intervention der Angehörigen von den katastrophalen
54 Zuständen. Die Pflegeberufe müssen gesellschaftlich und finanziell aufgewertet werden: Die
55 Löhne müssen steigen und es muss ein verbindlicher und vor allem ausreichender
56 Personalschlüssel eingeführt werden (gesetzliche Personalbemessung). DIE LINKE kämpft für eine
57 solidarische Pflegeversicherung, in die alle entsprechend ihrer Gesamteinkommen einzahlen.
58 Damit wären eine Vollversicherung und ein besserer Personalschlüssel zu finanzieren. 2017 lagen
59 die Rücklagen der gesetzlichen Pflegeversicherung bei 9,7 Milliarden Euro. Bei dieser Kassenlage
60 wäre eine bessere personelle Ausstattung in der Pflege sofort möglich. Die von der
61 Bundesregierung geplanten Einstellungen von 8.000 Pflegekräften sind ein Tropfen auf den
62 heißen Stein, wenn in Deutschland 100.000 zusätzliche Fachkräfte fehlen.

63 **DIE LINKE setzt sich ein:**

- 64 ■ für mehr Personal und bessere Bezahlung in der Pflege.
- 65 ■ für objektive, regelmäßige und unangekündigte Qualitätskontrollen.
- 66 ■ für die Erhöhung der Fachkraftquote.
- 67 ■ dafür, dass Auszubildende und Praktikantinnen und Praktikanten nicht eingesetzt werden
68 dürfen, um fehlendes Fachpersonal zu ersetzen.
- 69 ■ dafür, dass die Qualität der Ausbildung verbessert wird.
- 70 ■ zusammenfassend für einen tariflichen Mindestlohn von 14,50 Euro pro Stunde und die
71 Einhaltung sämtlicher Tarifbestimmungen.
- 72 ■ vor Ort für eine Einhaltung der Tarifverträge.

73

74 **Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit Behinderung**

75 Gemeinsames Lernen, Arbeiten, Wohnen und ein Leben ohne Barrieren sind keine

76 Selbstverständlichkeit in Deutschland. Dies ist ein Armutszeugnis.

77 Ziel linker Bezirkstagspolitik ist, dass alle Menschen gleichberechtigt am Leben teilnehmen

78 können – mit oder ohne Handicap. Der Ausgleich von behinderungsbedingten Erschwernissen

79 und die Umsetzung der Inklusion sind öffentliche Aufgaben und keine Privatsache. Wir

80 unterstützen die Forderungen der Sozialverbände und Selbsthilfegruppen nach mehr

81 Selbstbestimmung, Eigenverantwortlichkeit und stärkerer Berücksichtigung der individuellen

82 Bedürfnisse der Betroffenen. Wir werden im Bezirkstag darauf achten, dass die entsprechenden

83 Zielsetzungen der neueren Gesetzgebung verwirklicht werden.

84 Der Bezirk ist für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zuständig, die in

85 Deutschland durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) und in Bayern durch das Bayerische

86 Teilhabegesetz (BayTHG I) im Januar 2018 geltendes Recht geworden ist. Sie sollen Menschen mit

87 Behinderung durch das „persönliche Budget“ ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Die im

88 BTHG formulierte Kostenneutralität steht dem jedoch im Wege. Die Staatsregierung versprach

89 vollmundig Besserstellungen z.B. bei der Integration in den 1. Arbeitsmarkt durch die

90 Neuregelung auf Landesebene. Geschehen ist nichts. Wir werden hier Druck machen.

91 Wir werden Betroffene dabei unterstützen, ihre Rechte einzufordern. DIE LINKE fordert, dass der

92 Bezirk die Teilhabegesetze so anwendet, dass Menschen mit Handicap bessergestellt werden, als

93 sie es jetzt sind. Derzeit wird das Thema Inklusion häufig dazu missbraucht, notwendige

94 Investitionen für bauliche Maßnahmen oder Personalaufstockung in speziellen

95 Fördereinrichtungen aufzuschieben, mit der Begründung einer noch ausstehenden

96 Sozialraumplanung.

97 Die Angebote der Eingliederungshilfe sind unzureichend. Vor allem die Hilfen und Angebote für
98 behinderte Senioren müssen ausgebaut werden.

99 Die wohnortnahe, interdisziplinäre und frühe Förderung von behinderten und durch Behinderung
100 bedrohten Kindern ist unbedingt auszubauen. Wir wollen die Schaffung inklusiver
101 Kindergartenplätze und Schulen fördern.

102 Wir wollen „eine Schule für alle“. Die Einschulung behinderter Kinder in der Regelschule muss
103 selbstverständlich werden. Das kann aber nur gelingen, wenn das qualifizierte Personal der
104 Förderschulen ebenfalls in die Regelschulen integriert wird. Außerdem sind die notwendigen
105 baulichen Voraussetzungen zu schaffen, denn inklusive Klassen oder Gruppen müssen kleiner und
106 barrierefrei sein. Die didaktische Ausbildung der Lehrerinnen und Schulbegleiter ist so
107 auszubauen, dass die Pädagogen den bestehenden Herausforderungen gewachsen sind. Das im
108 Bundesteilhabegesetz vorgesehene „Zwangspooling“ von Schulbegleitern steht dem entgegen
109 und wird deshalb abgelehnt.

110 Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) sollen schrittweise umgestaltet werden:
111 Beschäftigte in Werkstätten haben ein Recht auf ein reguläres Arbeitsverhältnis mit tariflicher
112 Entlohnung. DIE LINKE fordert, den nur „arbeitnehmerähnlichen Status“ perspektivisch
113 aufzuheben. Menschen mit Behinderung auf sogenannten Außenarbeitsplätzen in Unternehmen
114 und bei öffentlichen Arbeitgebern sind tariflich nach dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche
115 Arbeit“ zu entlohnen. Politisches Ziel der Partei DIE LINKE ist es seit langem, möglichst viele
116 Beschäftigte der WfbM in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. DIE LINKE fordert die
117 Unterscheidung zwischen „werkstattfähigen“ und „nicht werkstattfähigen Menschen“ aufzuheben.
118 Damit entfällt auch die Zugangsbedingung in eine Werkstatt: das Mindestmaß an wirtschaftlich
119 verwertbarer Leistung.

120 Der Bezirk muss dafür sorgen, dass die neugeschaffenen Möglichkeiten der Teilhabegesetze
121 ausgeschöpft, alternative Leistungsanbieter unterstützt und ein Wechsel von der WfbM in den

122 ersten Arbeitsmarkt und umgekehrt wesentlich erleichtert werden. Den Betroffenen steht die
123 Möglichkeit offen, ein „Persönliches Budget“ zu beantragen. Wir werden sie dabei unterstützen,
124 dies gegenüber Behörden und Einrichtungsträgern einzufordern.

125 **DIE LINKE setzt sich ein:**

126 ■ für eine gravierende Verbesserung der Teilhabegesetze unter Mitwirkung der betroffenen
127 Menschen und deren Interessensvertretungen.

128 ■ für eine konsequente Befreiung aller Einrichtungen des Bezirks von Barrieren, was nicht nur
129 bedeutet Hindernisse beim Zugang zu Gebäuden zu beseitigen, sondern auch,
130 Untersuchungstechniken und Kommunikation den besonderen Bedürfnissen von Menschen
131 mit Behinderungen anzupassen; leichte Sprache und verständliche Patienteninformationen
132 müssen selbstverständlich werden.

133 ■ für eine gute finanzielle Ausstattung der Bezirke durch den Freistaat Bayern, sodass die
134 Kommunen mehr Mittel zur Ausgestaltung der Inklusion zur Verfügung haben.

135 ■ für die Förderung von gemeindenahen, betreuten, inkludierten Wohnformen, die stationären
136 Heimaufenthalten vorzuziehen sind.

137 ■ für Verbesserung der Personalausstattung in sämtlichen Einrichtungen der Behindertenhilfe.

138 ■ für die volle Übernahme der Tarifsteigerungen bei den Einrichtungsträgern, die im Raum der
139 Inklusion tätig sind.

140 ■ für den Mindestlohn für alle Arbeitenden in den Werkstätten.

141

142 **Psychosoziale Versorgung und Psychiatrie**

143 In Bayern ist ein drastischer Anstieg psychischer Erkrankungen zu verzeichnen. Die zunehmende
144 soziale Kälte, Leistungsdruck am Arbeitsplatz, unzumutbare Arbeitsverhältnisse und
145 unkalkulierbare Existenzängste sind Ursachen hierfür. Die bayerischen Bezirke unterhalten eine

146 große Zahl von psychiatrischen Krankenhäusern und sind für die Finanzierung der psychosozialen
147 Netze zuständig. Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist in Bayern die Anzahl der stationären
148 Unterbringungen gemessen am Durchschnitt der Bevölkerung am größten.

149 Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei weitem nicht den Bedarf,
150 insbesondere im ländlichen Bereich besteht eine drastische Unterversorgung an ambulanten
151 Hilfsangeboten. Dies führt zu einer unnötigen, vermehrt heimatfernen stationären Unterbringung.
152 Die Bedarfsplanung muss gerade in diesem Bereich dringend überarbeitet werden. Auch die
153 Finanzierung der Therapie muss den Bedarf decken. Diese mangelnde personelle Ausstattung,
154 Überbelegungen und räumliche Enge in den stationären Einrichtungen machen eine adäquate
155 Versorgung von psychisch kranken Menschen häufig unmöglich. Die Arbeitsbedingungen für das
156 Personal sind unzumutbar. Dies lässt sich auch an der Zunahme von Fixierungen und
157 Sedierungen ablesen, die unter Zeitdruck als „einfachste“ Lösungen gesehen werden, für
158 Patientinnen und Patienten aber völlig menschenunwürdig sind. Eine Stärkung der ambulanten
159 Krisendienste und die Hinzuziehung von psychiatrischen Fachkräften bei der Krisenintervention
160 können dabei helfen, viele Klinikaufenthalte zu vermeiden.

161 DIE LINKE steht für eine Stärkung der Rechte von Patientinnen und Patienten sowie eine
162 Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Dringend notwendig ist es, die bereits begonnene Ablösung
163 des Unterbringungsgesetzes durch ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG), das diesen
164 Namen verdient, voranzutreiben, in dem Patientenschutz Vorrang haben muss. Die psychiatrische
165 Versorgung muss in Bayern in öffentlicher Hand bleiben und darf keinen Profitinteressen privater
166 Anbieter geopfert werden. DIE LINKE steht gegen Ausgliederungen, Umwandlung der Kliniken in
167 Tendenzbetriebe mit Haustarifvertrag und alle Privatisierungsversuche. DIE LINKE steht in diesem
168 Zusammenhang fest an der Seite der Beschäftigten. Wir sind davon überzeugt, dass das Wohl der
169 Patienten und Patientinnen nicht vom Wohl der Beschäftigten zu trennen ist. In der Kinder- und
170 Jugendpsychiatrie gibt es nach wie vor zu lange Wartezeiten. Durch zunehmenden
171 Leistungsdruck geraten immer mehr Familien, Kinder und Jugendliche in psychische Not.

172 Dringend notwendig ist der Einsatz von Kriseninterventionsteams mit ausgebildeten Fachkräften,
173 die bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen diesen bei psychischen Krisen schnell und
174 unbürokratisch zur Seite stehen.

175 Häufig vergessen wird die besondere Situation der psychisch kranken Migrantinnen und
176 Migranten. Für sie muss eine psychiatrische Betreuung in ihrer Muttersprache angeboten werden.
177 Auch die Dolmetscherdienste für muttersprachliche Informationen über Hilfsangebote müssen
178 dringend ausgebaut werden. Gerade bei den oft traumatisierten Geflüchteten ist dies zwingend
179 erforderlich und für DIE LINKE ein einzuforderndes Menschenrecht.

180 **DIE LINKE setzt sich ein:**

181 ■ für eine umfassende, dezentrale ambulante Versorgung psychisch kranker Menschen.

182 ■ für den flächendeckenden Ausbau ambulanter Netze und psychosozialer Betreuung.

183 ■ für den zügigen Ausbau ambulanter Krisendienste (Sozialpsychiatrische Dienste) um stationäre
184 Aufenthalte zu vermeiden.

185 ■ für den Ausbau der gerontopsychiatrischen Dienste.

186 ■ für die Dezentralisierung der Rehabilitationseinrichtungen für psychisch kranke Jugendliche.

187 ■ für die Verhinderung des Gesetzentwurfs der bayerischen Staatsregierung zum sogenannten
188 „Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz“ in seiner geplanten Fassung aufgrund der im Gesetzentwurf
189 vorgesehenen Diskriminierung, Stigmatisierung und Kriminalisierung von Menschen mit einer
190 psychischen Beeinträchtigung.

191 ■ stattdessen für ein wirkliches Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, in dem Zwangseinweisung und
192 Zwangsmedikation die absolute Ausnahme sind, der Richtervorbehalt eindeutig geregelt wird
193 und der Ausbau der Hilfen dahingehend in den Mittelpunkt gestellt wird, dass sie ein Leben in
194 Selbstbestimmung unter Entfaltung ihrer Persönlichkeit und der Teilhabe an allen Aspekten
195 des Lebens ermöglichen und so die UN-Behindertenkonvention umgesetzt wird.

196 ■ für die Abschaffung der Fallpauschalen in der Psychiatrie.

197 ■ für die Rekommunalisierung der Bezirkskliniken.

198 ■ für Tariftreue in sämtlichen Bezirkskliniken.

199 ■ für die Anhebung des Personalschlüssels und eine verbindliche Fachkraftquote.

200 ■ für die Schaffung unabhängiger Kontroll- und Beschwerdestellen für Patientinnen und
201 Patienten in der Psychiatrie.

202 ■ für eine umfassende Schulung in kultursensibler Pflege.

203

204 **Drogen: Umdenken in der Drogenpolitik**

205 Eine Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Drogen folgt keinem medizinischen oder
206 wissenschaftlichen Prinzip, sondern ist zufällig und willkürlich. Erfahrungen zeigen, dass staatliche
207 Verbote nicht vom Drogenkonsum abhalten. Im Gegenteil: In Bayern zeigt sich, dass eine
208 repressive Drogenpolitik zu mehr Drogentoten führt.

209 DIE LINKE setzt sich für einen Paradigmenwechsel ein: weg von der Strafverfolgung, hin zu
210 Prävention, Beratung und Hilfe sowie akzeptierender Drogenpolitik. In Therapien sollten nicht
211 ausschließlich Entwöhnung und Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit im Vordergrund stehen,
212 sondern auch die Verbesserung der gesamten Lebenssituation und die therapeutische
213 Verarbeitung von suchtvorstärkenden sozialen Lebenslagen.

214 Sucht und Abhängigkeit sind keine Verbrechen. Polizeiliche Sanktionen und Strafverfolgung von
215 Suchtkranken anstelle angemessener Therapieangebote lehnen wir ab. Zugleich bindet die
216 Repression große finanzielle Mittel: Bundesweit werden mehrere Milliarden Euro für die
217 Strafverfolgung ausgegeben, für Hilfe und Prävention nur ein Bruchteil davon. Ein
218 akzeptanzorientierter Ansatz resultiert auch aus der Erfahrung des Misserfolges von

219 Zwangstherapien und dem Elend der Kriminalisierungsspirale. Beschaffungskriminalität,
220 Prostitution, Gefängnis, Ansteckung mit Hepatitis oder HIV sind Teil dieser Abwärtsspirale.

221 Linke Drogenpolitik hat zum Ziel, Präventions- und Informationsangebote, sowie
222 akzeptanzorientierte und niedrigschwellige therapeutische Hilfen auszubauen. Eine enge
223 Verzahnung von Suchtprävention, ausstiegsorientierten Hilfen, Drogensubstitution und
224 Gesundheitshilfen für Drogenkranke ist dringend erforderlich.

225 Im Vordergrund muss stehen: Schaden reduzieren und Leben retten. Deshalb wollen wir
226 Möglichkeiten schaffen, unter sicheren und hygienischen Bedingungen und Aufsicht zu
227 konsumieren. Die Drogen sollen auf Verunreinigung und schädliche Wirkungen getestet werden
228 können (Drug-Checking). Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern und eine wissenschaftliche
229 Studie aus Frankfurt haben positive Erfahrungen mit den Drogenkonsumräumen aufgezeigt. Die
230 Ansteckungen mit Hepatitis C und HIV sind deutlich gesunken, sauberes Spritzbesteck und
231 Impfungen werden angeboten, Therapieplätze können vermittelt werden. Die Notfallversorgung
232 durch geschultes Personal rettet viele Menschen vor dem Tod. Drogenkonsumräume senken die
233 Zahl der Rauschgifttoten und erleichtern den Abhängigen den Zugang zu spezialisierten
234 Angeboten der Suchthilfe. Sie sind in Bayern längst überfällig!

235 **DIE LINKE setzt sich ein:**

236 ■ für eine legale und vorrangig nichtkommerzielle Bezugsmöglichkeit von Cannabis und die
237 Erlaubnis Cannabis zu besitzen, zu konsumieren sowie zum eigenen Bedarf anzubauen.

238 ■ für die Vereinfachung der Rezeptfreigabe für Cannabis-Medikamente für Schwer- und
239 Schwerstkranke.

240 ■ für eine Entkriminalisierung von Konsumenten illegalisierter Rauschmittel.

241 ■ für den Ausbau von Suchtberatungsstellen und Prävention.

242 ■ für den flächendeckenden Ausbau von ambulanten Angeboten, Wohngemeinschaften,
243 Therapieeinrichtungen, Präventionszentren und Entzugsplätzen.

244 ■ für die Schaffung von niederschweligen Angeboten.

245 ■ für die Schaffung von Drogenkonsumräumen.

246 ■ für den Ausbau des Substitutionsnetzes.

247 ■ für Drug-Checking als aktiven Gesundheitsschutz für Konsumentinnen und Konsumenten.

248 ■ für die psychologisch-medizinisch betreute Vergabe von Heroin an Schwerstabhängige.

249 ■ für das Verbot von Werbung für Rauschmittel wie Alkohol und Nikotin.

250

251 **Kultur und Umwelt: Was uns verbindet**

252 Bayerische Kultur ist mehr als Lederhosen und Bierzelt, mehr als Weißbier und Schützenvereine.

253 Der Bezirk muss alternative und inklusive Kultur fördern und finanzieren. Kleinen

254 Kultureinrichtungen, Vereinen und Projekten muss der Zugang zu Fördermitteln erleichtert

255 werden. Diese müssen Vorrang vor kulturellen Großevents haben. Der Bezirk muss die Jugend-

256 und Popkultur stärker in den Mittelpunkt rücken. Die Arbeit der Bezirksjugendringe muss stärkere

257 Unterstützung erfahren und finanziell besser ausgestattet werden. Auch die bildenden Künste

258 kommen bei der Kulturförderung des Bezirks oft zu kurz. Auch der Wert regionaler Kunst bemisst

259 sich nicht nach ihrer Marktgerechtigkeit.

260 Der Schutz von Umwelt und Natur ist eine weitere Aufgabe des Bezirks. DIE LINKE wird die

261 Zerstörung der Umwelt und Natur skandalisieren und sich für den Vorrang des Naturerhalts vor

262 Profitinteressen einsetzen. Der Bezirk muss aktiv seinen Anteil bei der Reduzierung des

263 Flächenfraßes in Bayern leisten. Darauf wollen wir den Vorrang legen, statt immer weitere Flächen

264 als Bauflächen auszuweisen. Der Bezirk muss die Förderung der Landwirtschaft auf ökologische

265 und nachhaltige Gesichtspunkte ausrichten.

266 **DIE LINKE fordert:**

267 ■ einen höheren Stellenwert der Jugend- und Popkultur.

268 ■ ein Sozialticket, das einen vergünstigten Eintritt bei Kultur, Bildung, Sport und Freizeit sichert
269 und dadurch eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben erleichtert. Dieser Bayernpass
270 sollte Menschen angeboten werden, die Hartz IV, Sozialhilfe, Grundsicherung, Leistungen nach
271 dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld oder Opferrenten erhalten.

272 ■ eine artenreiche Flora und Fauna als Naturlandschaft und Lebensraum.

273 ■ eine Reduzierung des Flächenfraßes durch über den Bezirk finanzierte Einrichtungen.

274 ■ Umwelt- und Tierschutzstandarts in der Landwirtschaft.

275 ■ die Förderung der bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft ohne Pestizide und genverändertem
276 Saatgut.

277 ■ ein Verbot von Glyphosat auf allen vom Bezirk genutzten und verpachteten Flächen.

278 ■ die stärkere Umsetzung des ökologischen Landschafts- und Gewässerschutzes.

279

280 **Auf den Punkt**

281 Ziel linker Politik im Bezirk ist es, die bestehenden Verhältnisse in den Einrichtungen des Bezirks
282 grundlegend zu verbessern, Missstände aufzudecken, Politik mit und für alle Bürgerinnen und
283 Bürger zu machen und den Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde und ohne finanzielle
284 Not zu ermöglichen.

285 Aus diesem Grund lehnt DIE LINKE alle Formen von Privatisierung der öffentlichen
286 Daseinsvorsorge ab. Die bereits erfolgte Teilprivatisierung der bezirkseigenen Kliniken und
287 Einrichtungen hat Outsourcing, Lohnkürzungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und
288 Stellenabbau zur Folge. Die Gründung von Nebenbetrieben zum Zweck des Lohndumpings muss
289 beendet werden. Wir treten dafür ein, dass ausgelagerte Bereiche wieder in reguläre
290 Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt und bereits privatisierte Betriebe umgehend
291 rekommunalisiert werden.

292 Uns ist wichtig, dass die Arbeit der Beschäftigten in der Altenpflege, in den Krankenhäusern und
293 in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung gewürdigt und aufgewertet wird. Hierzu
294 gehören eine faire Bezahlung und gute Arbeitsvertragsbedingungen. Deshalb treten wir dafür ein,
295 dass der Bezirk tarifliche Arbeitsbedingungen als Qualitätsmerkmal beim Abschluss von
296 Leistungsvereinbarungen voraussetzt und die Finanzierung sicherstellt.

297 Die Arbeit in der Altenpflege, in den Krankenhäusern und in der Eingliederungshilfe für
298 Menschen mit Behinderung muss menschengerecht gestaltet werden. Arbeit darf nicht krank
299 machen. Deshalb treten wir dafür ein, dass die nachgewiesenen Kosten für den gesetzlichen
300 Arbeits- und Gesundheitsschutz zu 100 % vom Bezirk refinanziert werden.

301 Die Mitbestimmung von Heimbeiräten und Beschäftigtenvertretungen sehen wir als
302 Selbstverständlichkeit in einer Demokratie. Wir setzen uns dafür ein, dass die nachgewiesenen
303 Aufwendungen für die gesetzliche Arbeit von Heimbeiräten, Personal- und
304 Mitarbeitervertretungen sowie Betriebsräten zu 100 % vom Bezirk refinanziert werden.

305 Wir wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger jederzeit über die Themen, die im Bezirkstag
306 beraten und beschlossen werden, umfassend informieren können. Wir treten deshalb dafür ein,
307 dass Sitzungsunterlagen, Protokolle und Beschlüsse von öffentlichen Sitzungen im Internet
308 veröffentlicht und für alle Menschen zugänglich gemacht werden. Die Homepage des Bezirks ist
309 als barrierefreier Internetauftritt zu gestalten.

310 Zu einer echten kommunalen Selbstverwaltung gehört eine ausreichende Finanzierung. Bisher ist
311 der Bezirk u.a. durch Umlagen der Landkreise und kreisfreien Städte finanziert. Da die finanzielle
312 Ausstattung der Kommunen beschränkt ist, ist die Festlegung der Umlage stets ein
313 halsbrecherischer Politikakt. Die Haushaltsdiskussionen in den bayerischen Bezirkstagen vermitteln
314 häufig den Eindruck, es gäbe einen Wettbewerb um die weitestgehende Absenkung der
315 Bezirksumlage. Dies führt zu einer Sozialpolitik nach „Kassenlage“.

316 DIE LINKE tritt für eine direkte, den Aufgaben entsprechende ausreichende Finanzierung durch
317 den Freistaat und den Bund sowie für mehr Transparenz der Bezirkstage und Sitzungen durch
318 Livestream-Übertragung ein.

319 Die massenhafte Zunahme von Billiglöhnen, Leiharbeit, Minijobs und Erwerbslosigkeit sorgt dafür,
320 dass die Menschen kaum etwas in die Sozialkassen einzahlen können. All diese Menschen sind im
321 Alter arm und werden auf Sozialhilfe oder Grundsicherung angewiesen sein.

322 Die Kommunen können diese Last nicht alleine bewältigen. Wir wehren uns dagegen, dass die
323 Kommunen und die Bezirke mit den Folgen der von der Bundesregierung forcierten Armutspolitik
324 im Regen stehen gelassen werden.

325 Angesichts des Rechtsrucks und des Wiedererstarken des Nationalismus in Deutschland und
326 Europa sehen wir die Bezirke in der Verantwortung einer solchen Entwicklung die Stirn zu bieten.

327 In den Zeiten des Nationalsozialismus sind in den Heil- und Pflegeanstalten, den jetzigen
328 Bezirkskliniken in Bayern, tausende Menschen dem Euthanasieprogramm der Nazis zum Opfer
329 gefallen. Das Gedenken an diese Menschen wollen wir aufrechterhalten und weiter ausbauen. In
330 den Bezirkstagen werden wir jeder Art von Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung mit aller
331 Entschlossenheit entgegentreten.

332 DIE LINKE ist angetreten, gegen die bestehende Politik der sozialen Grausamkeiten Widerstand
333 auf allen politischen Ebenen zu leisten. Kämpfen Sie gemeinsam mit uns für ein soziales,
334 lebenswertes Bayern und unterstützen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten bei der Wahl
335 zum Bezirkstag!